

SUV und Bürgergeld - Blick in die Realität

Als ich las, das Sachsens AfD-Chef Jörg Urban, mit einer blauen Kachel im Internet vor den „Nazis“ in der Ukraine warnt, musste ich erst lachen. Dann fiel mir unser vergangener Sonntagnachmittag ein, als wir Besuch von drei ukrainischen Flüchtlingen hatten: Margarita aus der Oblast *Saporischschja* im Südosten ihres Landes mit ihrer zehnjährigen Tochter und mit ihrer Mutter, die die Kleine tagüber betreut, während Margarita morgens um 4.30 Uhr aufstehen muss, um ab 6 Uhr „Housekeeping“ in einem Berliner Hotel zu machen, um sie alle drei über Wasser zu halten. Die dazugehörenden Männer sind weiter in der Ukraine und verteidigen ihr Land gegen die russischen Mörderbanden.

Unsere Gäste hatten selbst gebackenes Blätterteiggebäck (mit Hackfleisch gefüllt) mitgebracht, wir steuerten Erdbeerkuchen und die Getränke bei.

Es waren keine schönen Geschichten, die wir hörten. Es waren Geschichten von Existenzängsten und harter Arbeit, Margarita ernährt die kleine Familie, die zusammen in einer Zwei-Zimmer-Wohnung im Berliner Bezirk Spandau leben. Sie selbst und ihre kleine Tochter sprechen fließend Deutsch, die Seniorin versteht alles, kann aber nicht flüssig unsere Sprache sprechen. Ein Auto können sie sich nicht leisten, von wegen *„die fahren alle SUV und kassieren unser schönes Bürgergeld“*.

Sowas gibt es natürlich leider auch, aber meine Erfahrung mit Ukrainern, die ich in den vergangenen drei Jahren hier kennengelernt habe, sind ganz anders als das Zerrbild, das man im Internet - oft als Teil der hybriden Kriegsführung gegen die Ukraine bewusst spielt - präsentiert bekommt. Die Kellnerin beim Italiener, deren Namen ich nicht kenne, die junge Svitlana, die vor dem Krieg einen Top-Job in Deutschland für einen Konzern hatte und heute nicht mehr Vollzeit arbeiten kann, weil sie in Bayern ihre kranken Eltern pflegen muss. Die sind bei Kriegsbeginn geflohen.

Die Putin-Freunde in Deutschland hören das nicht gern und erzählen die Schauergeschichten, aber die Wahrheit ist sehr oft deutlich anders...

Bürgergeld-Empfänger: einfach mal nachgezählt

Das hatte sich die AfD möglicherweise anders vorgestellt...

Die Bundestagsfraktion der größten Oppositionspartei wollte von der Bundesregierung wissen, was die häufigsten Vornamen von Bürgergeldempfängern in Deutschland sind. Ergebnis:

Michael (19.200)
Andreas (16.200)
Thomas (15.700)
Daniel (14.800)
Olena (14.400)
Alexander (13.800)
Ahmad (13.700)
Ali (13.500)
Christian (13.400)
Mohammad (12.500)

Warum müssen „arbeitsfähige“ Asylbewerber nicht arbeiten?

Deutschland hat immense Probleme. Und die Massenmigration und der Fachkräftemangel sind nur zwei davon. Nun hat ausgerechnet die CDU auf einen katastrophalen Umstand hingewiesen, der beide Themen in direkten Zusammenhang bringt.

In unserem Land beziehen derzeit 587.000 erwerbsfähige Zuwanderer aus Syrien, Afghanistan und Irak Bürgergeld, im Durchschnitt 743 Euro im Monat. Summiert sind das 436 Millionen Euro - jeden Monat.

Bevor Sie sich empören, dass es die Politik der CDU-Bundeskanzlerin Merkel gewesen ist, die uns diese Zustände beschert hat, es ist immerhin erfreulich, dass einige in der Union endlich begreifen, was hier seit 2015 so furchtbar schiefläuft.

Und warum eigentlich nicht früher?

Die CDU fordert jetzt eine Arbeitspflicht für diese Menschen. Schöne Forderung, aber wie wollen sie das durchsetzen, unabhängig davon, dass sie gar nicht regieren? Fast 600.000 vornehmlich junge Männer aus so sympathischen Ländern?

+++Wir brauchen Ihre Unterstützung+++Bitte spenden Sie auf PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Wenn diese Bürgergeld-Empfänger „erwerbsfähig“ sind, bedeutet das in Deutschland, dass sie

mindestens drei Stunden am Tag arbeiten könnten, vielleicht gemeinnützig, Parkanlagen säubern oder so etwas. Aber sie machen es nicht, wahrscheinlich werden sie nicht einmal aufgefordert dazu.

Und: mehr als die Hälfte von Ihnen haben nach offiziellen Angaben keine ausreichenden Deutschkenntnisse, um sich verständigen zu können. Auch da stellt sich mir die Frage: Warum eigentlich nicht?

Wie bei so vielen Themen, unser Staat ist unfähig, konsequent Lösungen zu suchen und zu finden, wenn Probleme entstehen.

Wer hier lebt und von uns seinen Lebensunterhalt bezieht, der muss eine Gegenleistung bringen. Und wer die nicht bringt, der bekommt eben kein Geld, kein Handy mehr. Und wer abgelehnter Asylbewerber ist, der muss raus...